

Infobrief.)

7 | 10

Bewältigung der Arbeitsmarktkrise 2010 infolge der Wirtschaftskrise

VORWORT

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das Jahr neigt sich seinem Ende zu und auch die Wirtschafts- und Finanzkrise scheint ein solches gefunden zu haben. Die konjunkturelle Lage wird sich voraussichtlich weiter verbessern, wenn auch etwas langsamer als zuvor. Auch auf dem Arbeitsmarkt kommt der wirtschaftlich Schwung an und zeigt Richtung „Vollbeschäftigung“, augenscheinlich natürlich nur rein statistisch gesehen.

Mehr und mehr wird von einem anstehenden Fachkräftemangel berichtet, die Krise scheint immer mehr die Krise „der anderen“ zu sein. Doch gerade hierin liegt weiterhin die zukünftige Gefahr verborgen: Deutschland ist derzeit zwar die „Konjunktur-Lokomotive“ der EU, doch auch ein starkes Land kann keinen halben Kontinent hinter sich herziehen, jedenfalls nicht auf Dauer! Es bleibt also zu hoffen, dass die Talfahrt weltweit ein Ende hat ...

Wir möchten Euch wie immer mit unseren vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familien und Frauen geförderten Projektbrief einen kritischen Blick auf die derzeitigen Entwicklungen bieten und zur Diskussion anregen.

Das Projektteam: Aman Yoseph & Daniel Dorn



Daniel Dorn, wissenschaftlicher Mitarbeiter der TBS gGmbH



Aman Yoseph, wissenschaftlicher Mitarbeiter der TBS gGmbH

1. Konjunktur
2. Allgemeine Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt
3. Neue Regelungen bei Transfermaßnahmen und Transferkurzarbeitergeld
4. Landestariftreuegesetz
5. Aktuelles: Mezzanine-Kapital

KONJUNKTUR

Aufschwung: Fortsetzung folgt

Im dritten Quartal 2010 hat sich die konjunkturelle Lage weiter verbessert. Verschiedene Konjunkturindikatoren haben sich erneut verbessert. Der Aufschwung nimmt an Fahrt auf. Die deutsche Wirtschaft blickt derzeit optimistisch in die Zukunft.

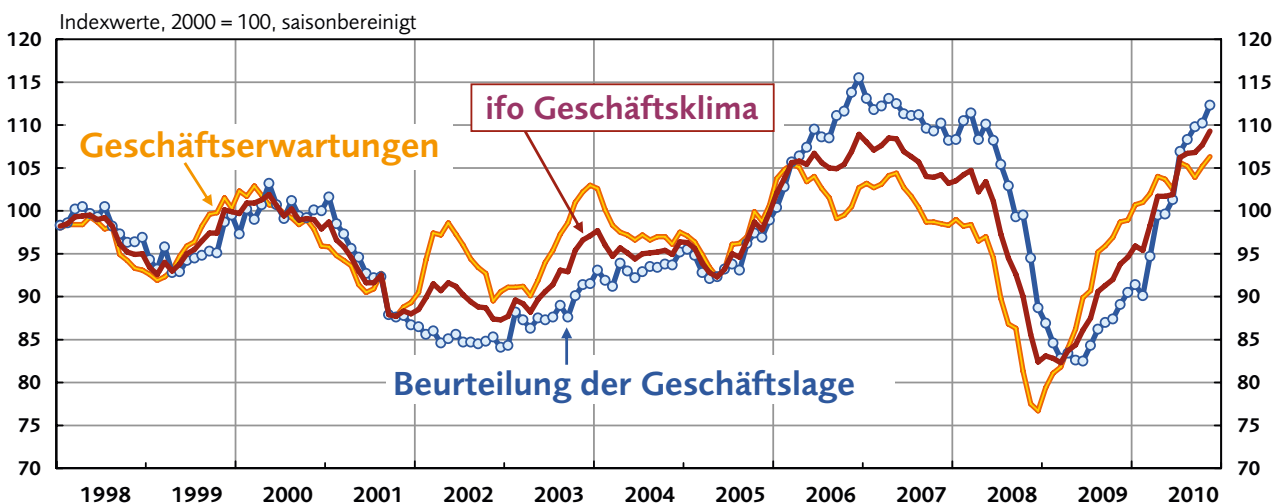
Der Ifo Geschäftsklimaindex hat – nach einem kleinen Sprung im Vormonat – im November erneut um 1,6 Punkte zugelegt und liegt nun bei 109,3 Punkten. Im November letzten Jahres lag er bei 93,8 Punkten. Das Ifo-Institut verkündete in diesem Zuge, dass die aktuellen Werte somit nun über den Werten der vergangenen Boomphase 2006/07 lägen. Die aktuelle Ge-

schäftssituation sowie die Geschäftsperspektiven für die kommenden sechs Monate bewerteten die Unternehmen positiver als bisher. Etwas weniger wird von den zukünftigen Exportgeschäften erwartet, hingegen verspricht man sich von einer erhöhten Investitionsgüternachfrage und durch eine verbesserte Binnennachfrage einen Ausgleichseffekt. Auch das Beschäftigungsniveau soll weiter steigen.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) prognostizierte in seinen Herbstgrundlinien ein weiteres Wachstum der deutschen Wirtschaft, wenn auch unter gemäßigten Vorzeichen. Durch das gedrosselte Wachstum der Weltwirtschaft

würden sich besonders die deutschen Exporte zum Ende des Jahres hin schwächer entwickeln. Auch das wirtschaftliche Auseinanderdriften der Eurozone und die Unsicherheiten in anderen Ländern dürften als Gefahr für die zukünftige Entwicklung nicht außer Acht gelassen werden. Im aktuellen DIW Konjunkturbarometer spricht man dennoch von „Weihnachtsstimmung“: Im letzten Quartal erwartet man einen Anstieg des BIP um 0,7% und für das gesamte Jahr 2010 ein Wachstum von 3,4%. Der private Verbrauch entwickle sich dabei immer mehr zum Motor des Aufschwungs.

ifo Konjunkturtest
Gewerbliche Wirtschaft¹⁾, November 2010



1) Verarbeitendes Gewerbe, Bauhauptgewerbe, Groß- und Einzelhandel.

Quelle: Ifo Konjunkturtest.

24/11/2010



Laut Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) hatte bereits im Oktober die deutsche Wirtschaft 60% des Einbruchs durch die Krise wettgemacht. Auch das IMK geht davon aus, dass der aktuelle Erholungskurs vor allem von binnenwirtschaftlichen Faktoren gestützt wird, besonders die sich immer weiter verbessernde Situation am Arbeitsmarkt trage ihren Teil hierzu bei. Nach einem „regelmäßigen Exportboom“ in der ersten Hälfte des Jahres, der nahezu 80% des Einbruchs wieder eingeholt habe, müsse man für die Zukunft mit einer gedämpften Entwicklung rechnen: „In der Weltkonjunktur sieht es mit Ausnahme Asiens nicht gut aus. In den USA müssen private Konsumenten auf Sparkurs schalten. Das Gleiche passiert bei wichtigen Handelspartnern im Euroraum und der EU“, so Gustav Horn vom IMK.

Statistisches

Die bereits genannten (positiven) Entwicklungen lassen sich aktuell ebenfalls anhand der Zahlen des Statistischen Bundesamtes nachvollziehen. Das BIP ist im dritten Quartal um 0,7% gegenüber dem Vorquartal gewachsen. „Dabei trugen die privaten und staatlichen Konsumausga-

ben, die Ausrüstungsinvestitionen sowie der Außenbeitrag gleichermaßen zum Anstieg des BIP bei“ (Statistisches Bundesamt 12.11.2010). Im Vorjahresvergleich hat das BIP, saison- und preisbereinigt, gegenüber dem dritten Quartal 2009 um 3,9% zulegt.

Die privaten Konsumausgaben haben mit +0,4% schon das dritte Vierteljahr in Folge zugenommen, wenn auch etwas weniger deutlich als die staatlichen Ausgaben (+1,1%). Zudem wurde wieder vermehrt in Ausrüstungen (+3,7%) investiert. Wobei zu beachten ist, dass dies vorwiegend auf nachgeholte Investitionen in Ersatz-ausrüstungsgüter zurückzuführen ist, die während der Krise aufgeschoben werden mussten.¹ 2009 waren die Investitionen der Industrie um 22% eingebrochen.

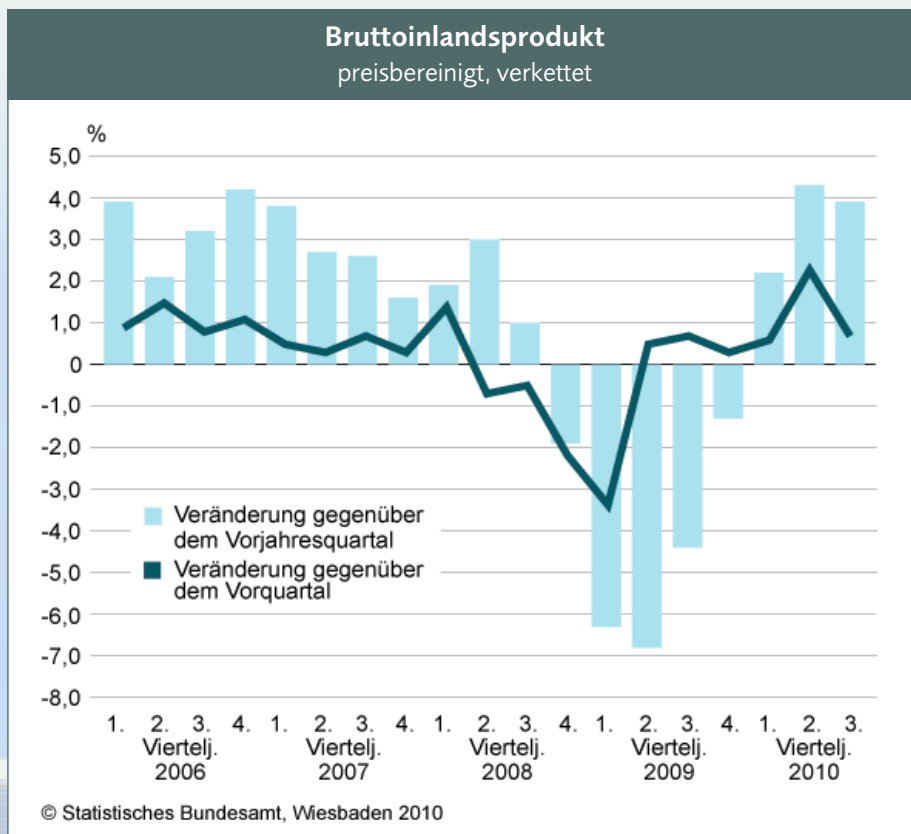
Gegenüber Oktober 2009 hat der deutsche Export im Oktober 2010 um 19,8% zugelegt und der Import um 21% zugenommen. Die Gesamtausfuhren wuchsen im dritten Quartal um 16,5% im Vergleich zum Vorjahresquartal. Gegenüber dem Vormonat September nahmen die Ex-

porte allerdings um 1,1% ab und die Einfuhren legten lediglich um 0,3% zu. In der Gesamtbetrachtung dominieren weiterhin die Exporte in den Euroraum und die EU, doch die Geschäfte mit asiatischen und anderen Drittstaaten nehmen eine immer wichtigere Rolle ein.

Das Volkseinkommen, das sich aus dem Arbeitnehmerentgelt und den Unternehmens- und Vermögenseinkommen zusammensetzt, hat um 5% zugenommen. Während das Arbeitnehmerentgelt lediglich um 3,1% angestiegen ist – eingedenk der erheblichen Lohneinbußen in den beiden Krisenjahren 2008 und 2009 – verzeichneten die Unternehmens- und Vermögenseinkommen einen wesentlich klareren Zuwachs von 8,7%. Noch drastischer ist die Differenz zwischen Arbeitnehmerentgelt und Unternehmens- und Vermögenseinkommen, wenn man sich den Halbjahresvergleich anschaut: Im ersten Halbjahr 2010 hat gegenüber dem Vorjahreszeitraum das Gewinn- und Kapitaleinkommen um 19,5% zugelegt, während die Lohneinkommen lediglich um 1,9% gestiegen sind!

Die Hans-Böckler-Stiftung kommentierte diesen Umstand im aktuellen WSI Verteilungsbericht kritisch: „Wir sehen das alte Muster: Die Gewinn- und Kapitaleinkommen, die überwiegend einer relativ kleinen Bevölkerungsgruppe zufließen, wachsen deutlich schneller als die Lohneinkommen.“ (HBS Pressemitteilung 02.12.2010) Die Einkommensungleichheit verfestigte sich, die aktuellen Sparpakete und die Gesundheitsreform der Bundesregierung verschärften die Situation zusätzlich. Damit bedrohten neue Belastungen die Binnennachfrage und das Wirtschaftswachstum.

¹ IMK Report 55/2010



Verarbeitendes Gewerbe/Branchen

► UMSÄTZE

Nachdem im September der Umsatz des Verarbeitenden Gewerbes gegenüber August mit -1,3% leicht rückläufig war, legten die Umsätze saison- und arbeitstäglich bereinigt im Oktober wieder um 4,1% zu. Wie das Statistische Bundesamt berichtet, ist das seit 1997 der höchste verzeichnete Umsatzzuwachs gegenüber einem Vormonat. Der Inlandsumsatz erhöhte sich dabei um 4% und der Auslandsumsatz um 4,2%. In der Eurozone wurden 3,5% und mit dem restlichen Ausland 4,6% mehr erwirtschaftet.

Am stärksten wuchs der Umsatz bei den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen mit 8,6% (+9,6% Inland/+7,9% Ausland) gegenüber September. Die Hersteller elektrischer Ausrüstungen steigerten ihren Umsatz um 7,7%, die Hersteller von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen erzielten einen Zuwachs von 6,6%. Auch der Maschinenbau konnte um 4,2% zulegen. Leicht rückläufig waren hingegen die Umsätze bei den Herstellern von chemischen Erzeugnissen mit -0,5%.

Im Vorjahresvergleich lagen die Umsätze im Verarbeitenden Gewerbe im Oktober 12,4% höher als im Oktober 2009. Von Januar bis Oktober 2010 kumuliert, lag der reale Umsatz des Verarbeitenden Gewerbes im Oktober 2010 um 10% über dem Niveau des Vorjahreszeitraums.

► PRODUKTION

Bereits im Oktober nahm die Produktion im Produzierenden Gewerbe (Verarbeitendes Gewerbe plus Bauwirtschaft) preis- und saisonbereinigt kräftig um 2,9% zu, nachdem sie im September um 1% zurückgegangen war. Die Industrieproduktion trug hierzu maßgeblich bei und legte um 3,2% zu, das Bauhauptgewerbe um 1,3%. Das größte Produktionsplus konnten dabei die Hersteller von Investitionsgütern mit +4,6% melden, die Hersteller von Vorleistungsgütern weiteten ihre Produktion um 2,9% aus, die Konsumgüterproduktion wuchs um 0,8%.

Die Industrieproduktion legte im Zweimonatsvergleich September/Oktober gegenüber September/Oktober 2009 um 11,3% zu.

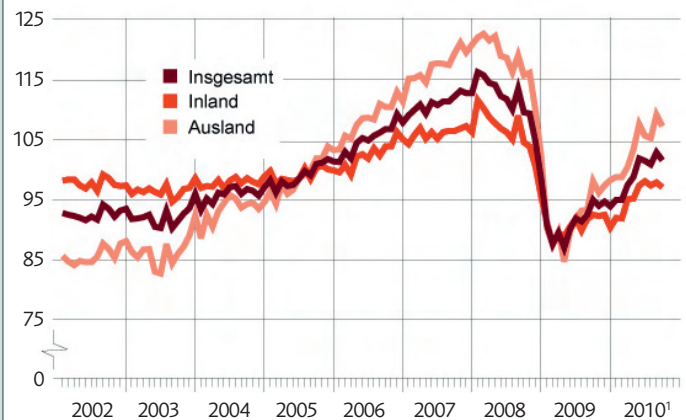
► AUFTRÄGE

Die Aufträge in der Industrie waren im August um 4% zurückgegangen, nun aber im Oktober wieder um 1,6% gewachsen. Die Hauptimpulse kamen dabei mit 2,4% vor allem aus dem Inland, das Ausland legte um 0,8% zu. Im Zweimonatsvergleich September/Oktober gegenüber Juli/August verringerte sich das Ordervolumen saisonbereinigt um 1,5%. Die Bestellungen aus dem Inland blieben mit +0,4% auf dem positiven Wachstumspfad. Die Nachfrage aus dem Ausland schwächte sich hingegen um 2,9% ab.

Der Vorjahresvergleich zeigt, dass die Auftragsvolumina im September/Oktober kalenderbereinigt 16% über dem Niveau September/Oktober 2009 lagen.

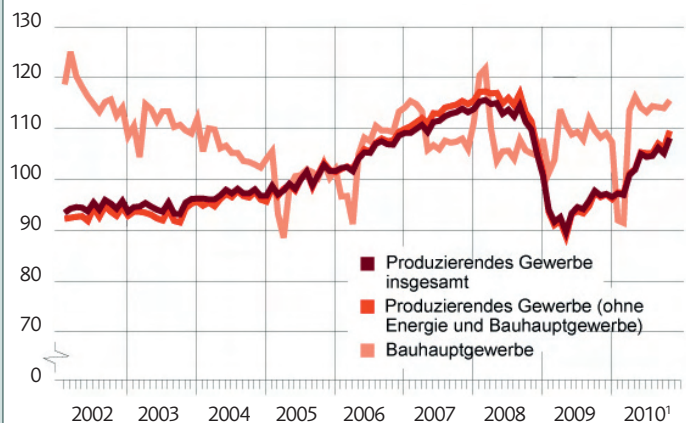
Index des Umsatzes im Verarbeitenden Gewerbe

Arbeitstäglich- und saisonbereinigter Wert (X-12-ARIMA)
Volumenindex 2005 = 100



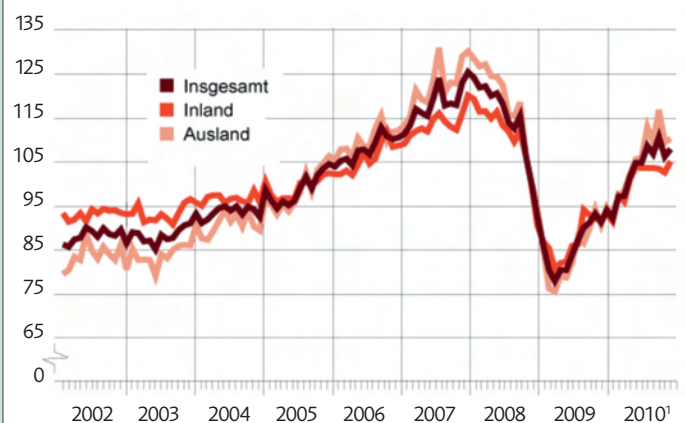
Produktionsindex für das Produzierende Gewerbe

Arbeitstäglich- und saisonbereinigter Wert (X-12-ARIMA)
Volumenindex 2005 = 100



Auftragseingangindex im Verarbeitenden Gewerbe

Arbeitstäglich- und saisonbereinigter Wert (X-12-ARIMA)
Volumenindex 2005 = 100



Vorläufiges Ergebnis

¹Einschl. Oktober 2010

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2010

Zwischenfazit

Die Entwicklungen der einzelnen Wirtschaftsindikatoren bleiben also insgesamt nach oben gerichtet. Eine Abschwächung des Aufwärtstrends scheint sich aber bereits anzudeuten. Auch wenn die positiven Tendenzen zu begrüßen sind, Grund zur überschwänglichen Euphorie gibt es allerdings nicht. Die Verläufe der verschiedenen Indizes zeigen deutlich, dass das Vorkrisenniveau noch nicht wieder erreicht ist und die eindrucksvollen, unerwarteten Konjunktursprünge nach oben vorerst (statistischen) Nachholeffekten geschuldet bleiben.

Weniger optimistisch stimmt außerdem die Entwicklung der Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe: im August reduzierte sich die Beschäftigung um 1,3% (63.600 Beschäftigte) und im September um weitere 1% (51.200 Beschäftigte). Im September waren hiervon besonders die Beschäftigten in der Metallherzeugung und

-bearbeitung mit -3,1% und in der Herstellung von Metallzeugnissen mit -2,2% betroffen; bereits im August waren es im Maschinenbau 2,1% weniger Beschäftigte.

Rheinland-Pfalz

Die rheinland-pfälzische Wirtschaft ist nach dem erheblichen Kriseneinbruch weiter auf Erholungskurs. Im ersten Halbjahr 2010 stieg laut Angaben des Statistischen Landesamtes das Bruttoinlandsprodukt gegenüber 2009 um 4,5%, in Deutschland lag dieser Wert bei 3,1%. Das rheinland-pfälzische Verarbeitende Gewerbe – das von der Krise am stärksten betroffen war – konnte wieder zum entscheidenden Wachstumsmotor werden: die konjunkturellen Ausschläge sind wesentlich stärker als in den anderen Wirtschaftsbereichen.

Im Oktober hat sich die Auftragslage der Industrie in Rheinland-Pfalz mit -6,4% wieder etwas verschlechtert, nachdem im

September die Aufträge kräftig um 14,3% gestiegen waren. Die Nachfrage aus dem Ausland nahm um 9,6% und die aus dem Inland um 2,2% ab. Im Zweimonatsvergleich zeigt sich allerdings ein stabiler Wert von +4,1%.

Der Fahrzeugbau verzeichnete im Oktober ein Plus von 7,8%, der Maschinenbau lag bei +5,4%. Die Bereiche Herstellung von Metallzeugnissen (-4,3%) sowie besonders die chemische Industrie (-21,7%) lagen hingegen im Negativbereich.

Gegenüber dem Vorjahr lag das Bestellungeniveau im Oktober insgesamt aber bei einem Plus von 15,4%. Die Nachfrage aus dem Inland war dabei mit +10,4% schwächer als die Auslandsnachfrage mit +20%. Die stärksten Zuwächse verbuchten dabei erneut der Fahrzeugbau mit 42,8% und der Maschinenbau mit 37,6% – in beiden Branchen waren allerdings auch die Einbrüche während der Krise am größten!

Die Umsätze des Verarbeitenden Gewerbes waren rückläufig: im Vergleich zum Vormonat haben sie um 1,8% abgenommen. Während der Fahrzeugbau ein Umsatzplus von 7,8% verzeichnete, sanken in den anderen drei großen rheinland-pfälzischen Industriebranchen die Umsätze. Am stärksten betroffen war hiervon der Maschinenbau mit einem Umsatzminus von 11,5%. Gegenüber dem Vorjahr entwickelten sich die Industrieumsätze jedoch mit insgesamt +20,9% durchweg positiv. Die Auslandsumsätze lagen um 29,7% höher und die Inlandsumsätze wuchsen um 12,8%. Am größten waren die Zuwächse beim Fahrzeugbau (+47,2%) und der chemischen Industrie (+29,1%).

Auch für Rheinland-Pfalz gilt der oben angesprochene Umstand: Die enormen Zuwächse, vor allem bei den Jahresvergleichszahlen, gehen vorwiegend auf die niedrigen Ausgangswerte während des kräftigen Konjunkturerfalls im vorherigen Jahr zurück. Der Aufschwung scheint dennoch stabil zu bleiben, auch wenn die überraschend schnelle wirtschaftliche Konsolidierung derzeit an Fahrt verliert.

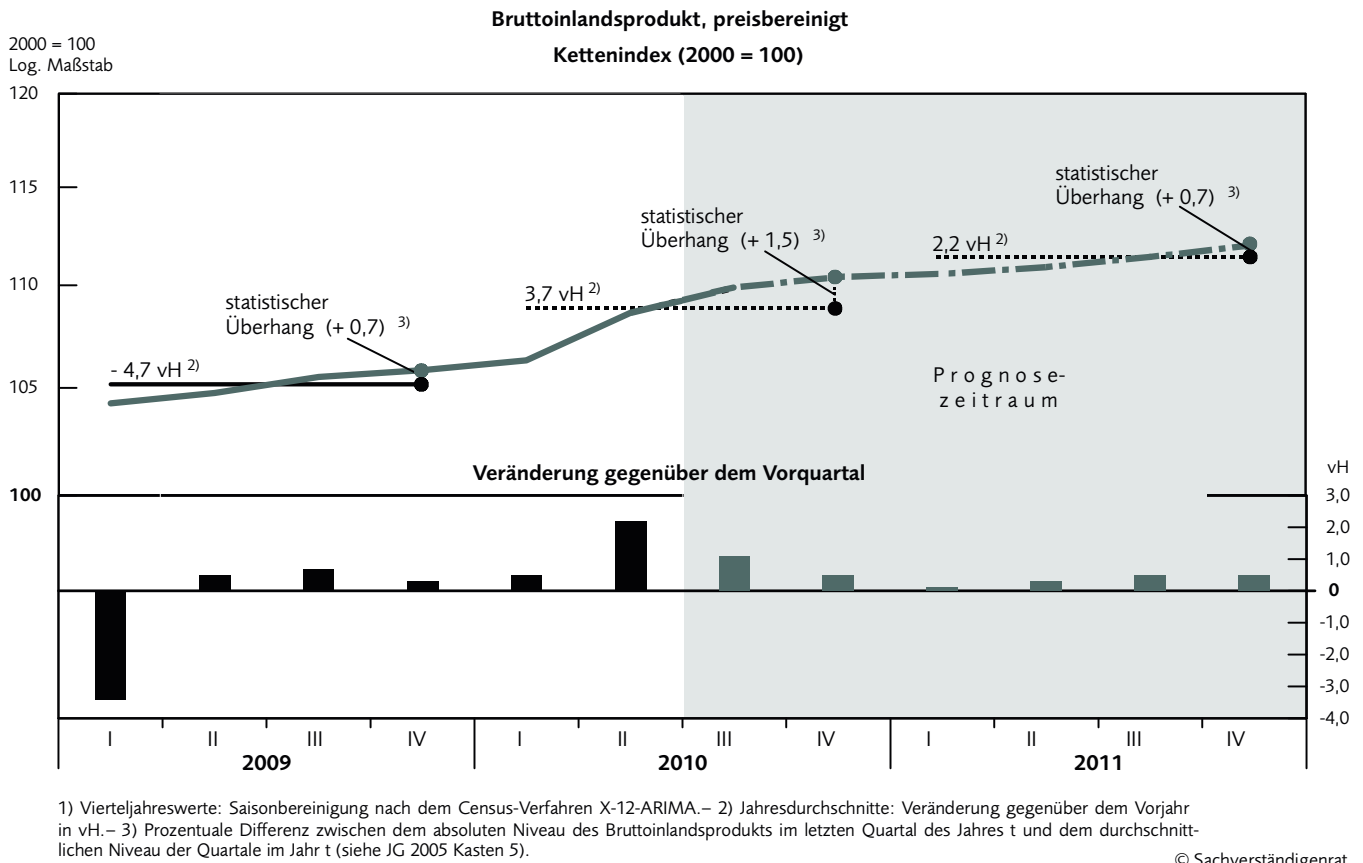
Schnellmeldung zur Konjunktur in Rheinland-Pfalz

Indikator*	Veränderung Oktober 2010		Monatswerte
	zum Vorjahresmonat	zum Vormonat	Oktober 2010 2005=100
Auftragseingänge (real)			
Industrie	15,4% ↑	-6,4% ↓	94,4
Inland	10,4% ↑	-2,2% ↓	98,1
Ausland	20,0% ↑	-9,6% ↓	91,5
Chemie	1,4% ↗	-21,7% ↓	70,0
Fahrzeugbau	42,8% ↑	7,8% ↑	96,4
Maschinenbau	37,6% ↑	5,4% ↑	114,9
Metallerzeugnisse	11,1% ↑	-4,3% ↓	101,2
Umsätze			
Industrie	20,9% ↑	-1,8% ↓	121,5
Inland	12,8% ↑	-2,3% ↓	115,7
Ausland	29,7% ↑	-1,3% ↓	127,6
Chemie	29,1% ↑	-3,3% ↓	126,4
Fahrzeugbau	47,2% ↑	7,8% ↑	105,9
Maschinenbau	8,4% ↑	-11,5% ↓	113,9
Metallerzeugnisse	6,4% ↑	-5,7% ↓	118,4

* Frühindikatoren des jeweiligen Wirtschaftsbereichs. Oktober 2010: Vorläufige Zahlen.

Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Schnellmeldung zur Konjunktur in Rheinland-Pfalz



Zukunft/Perspektiven

Laut IMK wird die deutsche Wirtschaft 2010 insgesamt um 3,5% wachsen. Der „reglerechte Exportboom“ stellte im ersten Halbjahr den wichtigsten Pfeiler des Aufschwungs dar, expandierende Investitionen folgten und eine leicht wachsende Binnennachfrage flankierten diese Entwicklungen. Dennoch sollten wir uns „vor voreiliger Euphorie ebenso hüten wie vor den Untiefen der Statistik“. ² Die Krise dürfe nicht voreilig für beendet erklärt werden. Unter gemäßigten Vorzeichen würden zwar Export, Investitionstätigkeiten und auch der private Konsum im nächsten Jahr weiter wachsen, aber angesichts der schwierigen finanziellen Lage bei vielen Handelspartnern sei die aktuelle Erholung nur wenig robust. Das BIP werde 2011 voraussichtlich um etwa 1,9% wachsen und im Jahresdurchschnitt gerade einmal das Produktionsniveau des Jahres 2008 erreicht.

² Gustav Horn, HBS Pressemitteilung 4.10.2010

Auch die OECD geht von einer Abkühlung der Weltwirtschaft im nächsten Jahr aus: voraussichtlich wachse die Wirtschaft um 2,3%. Im Folgejahr dann wieder weiter um 2,5 bis 3%. Für Deutschland geht die OECD davon aus, dass der Aufschwung noch lange anhalten werde und hob ihre Prognose für 2011 auf 2,5% und für das Jahr 2012 auf 2,2% an. ³ Die OECD erwartet vom Auslaufen der fiskalpolitischen Stimuli keine negativen Auswirkungen auf den positiven Konjunkturverlauf. Etwas negativer blickt die EUROFRAME ⁴ Gruppe in die Zukunft: im Rahmen eines relativ schwachen bzw. gespaltenen Konjunkturverlaufs innerhalb des Euroraums werde Deutschlands Wirtschaft 2011 um 2,1% und 2012 um 1,8% wachsen. Entgegen der OECD Analyse haben für die Forschungsgruppe EUROFRAME die vorgesehenen Konsolidierungsmaßnahmen

³ Handelsblatt vom 18.11.2010

⁴ Die EUROFRAME Gruppe besteht aus mehreren renommierten Wirtschaftsforschungsinstituten Europas, unter anderen dem DIW Berlin und dem IW Kiel.

innerhalb der einzelnen Nationalstaaten durchaus einen dämpfenden Effekt für die europäische Konjunktur. Die durchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit im Euroraum werde sich zudem nur wenig – von 10% auf 9,7% – bis zum Jahr 2012 verringern.

Die deutschen Unternehmen selbst blicken zuversichtlich in die Zukunft. Laut einer Umfrage des IW Köln ⁵ erwarten 55% der deutschen Unternehmen für das nächste Jahr bessere Geschäfte als im laufenden Jahr, nur 9% erwarten einen Rückgang. Die Hersteller von Investitionsgütern sind dabei am optimistischsten: 72% gehen von einem „steigenden Output“ aus, nur 5% halten ein Minus für wahrscheinlich.

Insgesamt planen 43% der Unternehmen für das Jahr 2011 höhere Investitionsbudgets als in diesem Jahr, 12% müssen diese dagegen voraussichtlich kürzen.

Auch die mittelständischen Unternehmen

⁵ IW Köln, Pressemitteilung 29.11.2010 (Befragung von 1.800 Unternehmen)

zeigen sich laut BDI-Mittelstandspanel⁶ so optimistisch wie lange nicht mehr: der Saldo aus positiven und negativen Einschätzungen läge mittlerweile bei einem Plus von 32,7 Punkten. Dieser Wert lag vor einem halben Jahr bei 5,2 Punkten. Während im Frühjahr vorwiegend exportorientierte Unternehmen ein Stimmungsplus verbuchten, zögen nun die binnenmarktorientierten Unternehmen nach.

Laut einer Umfrage der Commerzbank⁷ von 4.000 Unternehmen klagt allerdings die Hälfte der mittelständischen Unternehmen über eine schlechtere Ertragslage als 2008, und für 43 % der Unternehmen habe sich der Zugang zu Krediten erschwert. Besonders betroffen sind hier von die Maschinenbauer (50%), jeder achten Firma wurden wichtige Kreditlinien gekürzt. Zwar gäbe es weiterhin keine Kre-

ditklemme, doch sei es oftmals schwieriger geworden an Finanzierungen zu kommen. Nahezu alle Mittelständler wünschten sich deshalb eine größere Verhandlungsbereitschaft der Banken und eine erhöhte Risikobereitschaft.

Die Betriebsinsolvenzen sind in Rheinland-Pfalz laut Statistischem Landesamt zwar in den ersten neun Monaten 2010 gegenüber 2009 um 5,1 % zurückgegangen, mit 1.028 Unternehmen und 4.517 Beschäftigten, doch die Gläubigerforderungen sind gleichzeitig um 26,3 % (1,1 Milliarden Euro/1,03 Millionen pro Unternehmen) gestiegen!

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung⁸ geht davon aus, dass sich 2011 die konjunkturelle Belebung fortsetzen wird, allerdings mit geringerem Tempo. Die un-

erwartet positive Aufwärtstendenz der deutschen Wirtschaft biete Chancen für einen stabilen, wenngleich eher flachen Wachstumspfad. „So positiv die bisherige Aufwärtsdynamik ist, so darf dabei nicht vergessen werden, dass sich das Bruttoinlandsprodukt zur Jahresmitte 2010 noch auf einem Niveau befindet, das zuletzt zum Jahreswechsel 2006/2007 erreicht wurde. Nach der Prognose des Sachverständigenrats für Deutschland werden die durch die Krise entstandenen Produktionseinbußen Ende des Jahres 2011 vollständig ausgeglichen sein. Damit wird die deutsche Volkswirtschaft rund drei Jahre benötigt haben, den krisenbedingten Rückgang des Bruttoinlandsprodukts wieder aufzuholen.“

6 BDI, Pressemitteilung 6.12.2010 (Befragung von 1.250 Unternehmen)

7 Handelsblatt vom 14.10.2010

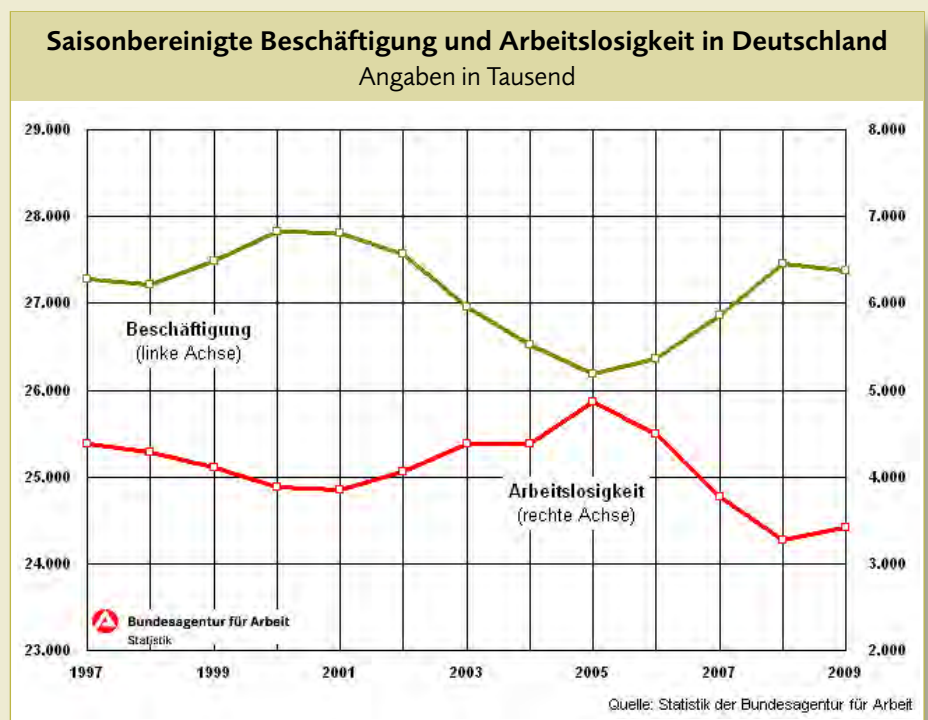
8 Jahresgutachten 2010 „Chancen für einen stabilen Aufschwung“

ALLGEMEINE ENTWICKLUNG AUF DEM ARBEITSMARKT

Arbeitsmarkt entwickelt sich weiter positiv

Durch die starke konjunkturelle Belebung sind Arbeitslosenzahlen und Unterbeschäftigung im November weiter leicht zurückgegangen: 14.000 (9.000 saisonbereinigt) weniger Arbeitslose waren in der Statistik der Bundesagentur für Arbeit gemeldet. Insgesamt waren damit im November 2.931.000 Menschen ohne Arbeit, die Arbeitslosenquote blieb konstant bei 7%.

Die Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung haben parallel weiter zugenommen. Nach Angaben des Statistischen Bundesamts ist die Zahl der Erwerbstätigen im Oktober saisonbereinigt um 34.000 angestiegen und zählt nun 41,9 Millionen Beschäftigte. Das ist seit der Wiedervereinigung ein neuer Höchststand. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum sind das 405.000 bzw. 1 % mehr



Erwerbstätige. Vorläufigen Daten zu Folge hat auch die soziversicherungspflichtige Beschäftigung im September um 33.000 zugenommen und liegt nun bei 28,2 Millionen Beschäftigten. Im Vorjahresvergleich ist das ein Plus von 1,7% bzw. 448.000 an sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten. Davon waren 276.000 Vollzeit- und 204.000 Teilzeitstellen. Der Trend einer Ausweitung der Teilzeitarbeit geht unvermindert weiter.

Die „magische“ 3-Millionengrenze wurde also – wie prognostiziert – tatsächlich unterschritten. Im Oktober und November 2008 vor der Wirtschaftskrise war dies zuletzt der Fall. Wie der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem Jahresgutachten 2010 festhält, ist dies allerdings nicht ein viel beschworenes „Arbeitsmarktwunder“. Vielmehr sei der robuste Verlauf der Erwerbstätigkeit im Wesentlichen auf eine unerwartete Hortung von Arbeitskräften sowie den moderaten Kurs der Tarifpolitik zurückzuführen. Durch die massive Reduktion der Arbeitszeit und die enorme Nutzung der Kurzarbeit wäre dies möglich gemacht worden. Während der Krise sei das Hauptaugenmerk aller Parteien auf die Arbeitsplatzsicherung gelegt worden. Nicht zuletzt hänge die „Hortung“ der Arbeitskräfte seitens der Unternehmen mit der Angst vor einem sich verstärkenden Fachkräftemangel und den hieraus resultierenden Konsequenzen zusammen.

Kurzarbeit

Die Kurzarbeiterzahlen sind bundesweit ebenso weiter rückläufig, sie betragen noch in etwa 15% des höchsten Niveaus im Mai 2009 [1.5 Millionen]. Nachdem im August die Zahl der Kurzarbeiter (aus konjunkturellen Gründen) weiter auf 173.000 zurückgegangen war, stieg sie im September wieder mit einem Plus von 29.000 leicht auf 220.000 an. Laut der Bundesagentur für Arbeit hat dies vor allem mit der Urlaubszeit im Sommer 2010 zu tun, in der kein Kurzarbeitergeld gezahlt wird. Der insgesamt rückläufigen Zahl der Kurzarbeiter tut dies jedoch kein Abbruch.

Deutschland 2010	Arbeitslosenzahl (gegenüber Vormonat)	Quote	Vorjahreswerte 2009
September	3.031.000 (- 156.768)	7,2%	- 315.000
Oktober	2.945.000 (- 85.863)	7%	- 283.000
November	2.931.000 (- 14.000)	7%	- 284.000

Rheinland-Pfalz 2010	Arbeitslosenzahl (gegenüber Vormonat)	Quote	Vorjahreswerte 2009
September	111.456 (- 6.715)	5,3%	Anzahl: -10.796 Quote: 5,8%
Oktober	108.433 (- 3.023)	5,2%	Anzahl: -8.937 Quote: 5,6%
November	108.312 (- 121)	5,2%	Anzahl: -8.352 Quote: 5,6%

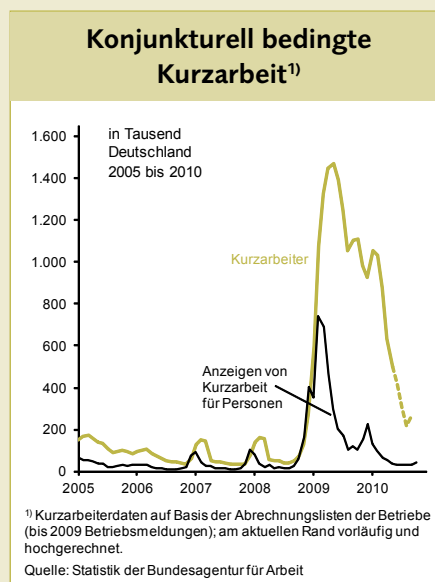
Der Arbeitsmarkt in Rheinland-Pfalz

Auf dem rheinland-pfälzischen Arbeitsmarkt zeigt sich weiter eine Entspannung. Nachdem im Sommer die Zahl der Arbeitslosen durch die Sommerpause zugenommen hatte, ist sie seit September wieder gesunken. Im November waren 108.312 Menschen in Rheinland-Pfalz arbeitslos und die Arbeitslosenquote blieb dabei konstant: 5,2%. Im Bundesdurchschnitt hat Rheinland-Pfalz mit diesem Wert, hinter Baden-Württemberg und Bayern und noch vor Hessen, den drittniedrigsten Arbeitslosenstand. Gegenüber dem Vorjahr waren das knapp 8.400 bzw. 7,2% weni-

ger Arbeitslose; die Arbeitslosenquote betrug im November 2009 5,6%. Rund 1,25 Millionen Menschen sind derzeit in Rheinland-Pfalz sozialversicherungspflichtig beschäftigt, das ist seit der Einführung der Beschäftigungsstatistik Mitte der 1970er Jahre der höchste Stand jemals.

Nach Einschätzung der regionalen Arbeitsagentur werden in den nächsten Monaten aber die jahreszeitlichen Einflüsse die positive Stimmung am Arbeitsmarkt überlagern.⁹ Die Arbeitslosigkeit werde, abhängig von der Härte und Dauer des Winters, wieder ansteigen. Außerdem sei die Aufwärtsentwicklung nicht in allen Branchen und Unternehmen mit der gleichen Dynamik vorhanden. Darauf wiesen unter anderem die Zahlen zur Kurzarbeit hin: im August seien in Rheinland-Pfalz noch immer 1.100 Betriebe mit rund 7.800 Arbeitnehmern in der Kurzarbeit.

Während die Jugendarbeitslosigkeit in Rheinland-Pfalz um rund 600 auf 10.800 zurückgegangen ist (innerhalb eines Jahres sogar insgesamt um 2.700 bzw. 20%), haben besonders ältere Arbeitslose erhebliche Probleme wieder zurück in den Arbeitsmarkt zu kommen. Im November 2010 waren insgesamt 33.000 Frau-



⁹ Regionaldirektion Rheinland-Pfalz, Presse Info 056/2010, 30.11.2010

en und Männer im Alter zwischen 50 und 65 arbeitslos, das waren 1.800 bzw. 5,9% mehr als im Vorjahr! Die altersspezifische Arbeitslosenquote lag im November mit 5,8% gleichfalls über der allgemeinen Arbeitslosenquote.

Was das Verarbeitende Gewerbe angeht, in dem es durch die Krise die größten Beschäftigungsverluste gegeben hat, zeigten sich wohl vor allem in den Metall- und Elektroberufen positive Entwicklungen: im November wurden nahezu 2.800 bzw. 29,3% weniger Arbeitslose gezählt als im Jahr zuvor; aktuell sind 6.700 Personen in diesen Berufen weiterhin arbeitslos. Insgesamt schreibt das Verarbeitende Gewerbe wieder eine „schwarze Null“ und erreichte mit 306.000 Beschäftigten wieder das Vorjahresniveau.

Zeitarbeit

Die Zeitarbeitsbranche frohlockt¹⁰: die Branche wachse „ungebrochen“ und seit April 2009 seien 340.000 „vollwertige, sozialversicherungspflichtige, tarifgebundene Jobs“ zusätzlich entstanden. Aktuell ist jede dritte freie Stelle bei der Bundesagentur für Arbeit durch diese Branche gemeldet. Während der Krise war die Zahl der Zeitarbeitnehmer enorm zurückgegangen und hatte mit der wirtschaftlichen Aufschwungsbewegung zugenommen. Der bisherige Höchststand im Juni 2008 mit

rund 823.000 Zeitarbeitnehmern wurde in diesem September mit 921.000 abgelöst. 45% der Zeitarbeitsunternehmen planen in den kommenden 6 Monaten eine weitere Aufstockung des Personals. Im Bundeschnitt hat die Zeitarbeit innerhalb eines Jahres (September 2009 bis September 2010) um 33,7% zugenommen. Rheinland-Pfalz lag hier bei 31,5%.

Die zukünftige Entwicklung am Arbeitsmarkt wird zeigen, ob die Zeitarbeit durch einen zunehmenden Fachkräftemangel und/oder entsprechend eindämmende gesetzliche Initiativen (die sehr zu begrüßen wären) weiter expandieren oder „zu den Akten“ gelegt werden kann.

Fazit

Für den Chef der Bundesagentur für Arbeit Frank Jürgen Weise wird der Beschäftigungsaufbau in Deutschland „immer stabiler und breiter“, wie er bei der Verkündung der Arbeitslosenzahlen für den November mitteilte. Vergleicht man die deutsche Arbeitsmarktsituation beispielsweise mit der in Spanien, in der die durchschnittliche Arbeitslosigkeit derzeit bei 20% (bei jungen Erwachsenen sogar bei 40%) liegt, oder mit dem Euroraumdurchschnitt von 10%, steht tatsächlich Deutschland auffallend gut da. Viele Ökonomen sehen im überraschenden Aufschwung Deutschlands und der moderaten Entwicklung des Arbeitsmarkts das Ergebnis eines stabilen und gesunden wirtschaftlichen Fundaments. Eine Immobilienblase existierte nicht und der



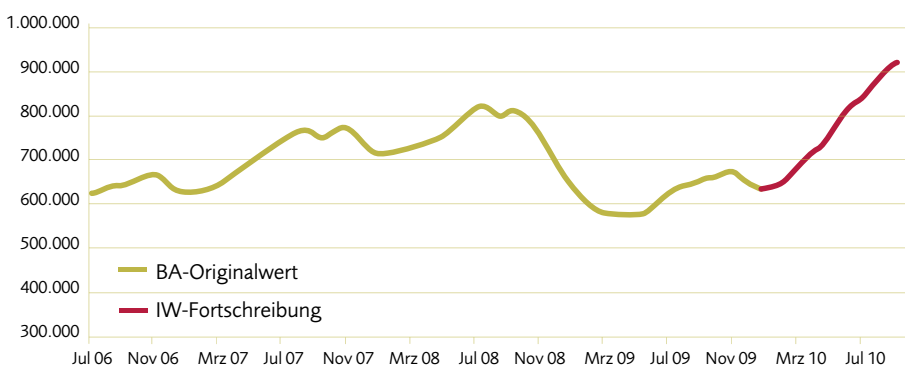
Arbeitsmarkt erwies sich vor allem intern als flexibel, nicht zuletzt Akteure auf allen Ebenen leisteten ihren Beitrag zur Bewältigung der Krise.

Dennoch, die neueren Zahlen des Statistischen Bundesamtes zur Lohnentwicklung in der EU bestätigen, dass Deutschland europäisches Schlusslicht bleibt. Durchschnittlich sind die Löhne und Gehälter in den letzten zehn Jahren innerhalb der EU um 30% gestiegen. Weit unter diesem Durchschnitt verzeichnete Deutschland lediglich einen Zuwachs von 22,4%.

Das DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki kommentierte diesen Umstand vor kurzem richtig¹¹: „Auch die gute Konjunktur hilft nicht weiter, wenn zwar die Löhne in der Industrie steigen, dafür aber massenhaft Beschäftigte in den anderen Branchen mit Niedriglöhnen abgespeist werden. Das drückt das durchschnittliche Lohnniveau nach unten. Inzwischen arbeiten 22 Prozent der deutschen Beschäftigten im Niedriglohnsektor – in Leiharbeit, Minijobs, unfreiwilliger Teilzeit, Ein-Eurojobs etc. Diese dramatische Entwicklung muss gestoppt werden: Wir brauchen jetzt kräftige Tarifsteigerungen, die gesetzliche Umsetzung des Prinzips gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort sowie Mindestlöhne.“

10 BZA Umfrage Oktober 2010/
IW Zeitarbeitsindex

Entwicklung der Zahl der Zeitarbeitnehmer
(absolut)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, BZA-Umfrage, Unternehmensregister, eigene Berechnung des IW

11 DGB Pressemitteilung vom 9.12.2010

Neue Regelungen bei Transfermaßnahmen und Transferkurzarbeitergeld (§§ 216a + 216b SGB III)

Durch das Beschäftigungschancengesetz treten zum 01. Januar 2011 gesetzliche Neuregelungen der Transferleistungen in Kraft. Es ergeben sich folgende wesentliche Änderungen:

1) Verpflichtende Beratung der Betriebsparteien im Vorfeld durch die Bundesagentur für Arbeit (§§ 216a + 216b SGB III)

Ab dem 01. Januar 2011 ist eine Voraussetzung für die Förderung der Teilnahme an Transfermaßnahmen (§ 216a SGB III) sowie eine Anspruchsvoraussetzung von Transferkurzarbeitergeld (§ 216b SGB III), dass sich die Betriebsparteien im Vorfeld der Verhandlungen über einen Interessensausgleich oder einer Entscheidung über die Gründung einer Transfergesellschaft durch die Agentur für Arbeit beraten lassen. Damit wird die Beratung zwingender Bestandteil von Sozialplan- und Interessensausgleichsverhandlungen nach § 112 Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG). Die derzeit noch als freiwillige Möglichkeit ausgestaltete Beratung wird praktisch zur Pflicht. Durch die frühzeitige Einbindung der Agentur für Arbeit soll sichergestellt werden, dass die Agenturen möglichst umfassende Informationen über Höhe der Leistungen, Fördermöglichkeiten bei Qualifizierung (ESF) und das Verfahren vermitteln können. Weiterhin will die Agentur die Einbindung integrationshemmender Elemente im Interessensausgleich oder Sozialplan vermeiden („Schlechtes verhindern – Gutes nicht be-

hindern“). Nach Abschluss der Pflichtberatung wird ein Beratungsvermerk über die Verhandlung erstellt. Dieser Vermerk soll bei späteren Entscheidungen für Rechtssicherheit sorgen.

Als Arbeitnehmervertreter sollte man das Beratungsgespräch mit der Agentur sorgfältig vorbereiten. Die Agentur für Arbeit gibt Hinweise zur sozialrechtskonformen und damit förderungsfähigen Ausgestaltung des Sozialplanes oder des Interessenausgleichs. An diesen „Hinweisen“ sind zwar die Betriebspartner nicht gebunden, aber bei vordergründig integrationshemmenden Elementen kann es zum Förderausschluss kommen. Ein Beispiel für ein Integrationshemmnis wäre die Aufstockung des Transferkurzarbeitergeldes auf mehr als 80% des bisherigen Entgeltes oder die Zahlung höherer Abfindungsbeträge bei Auslaufen der Transfergesellschaft.

2) Verpflichtende Arbeitssuchendmeldung vor Übergang in eine Transfergesellschaft

Betroffene Arbeitnehmer müssen sich ab 2011 für den Bezug von Transferkurzarbeitergeld schon vor der Überleitung in die Transfergesellschaft aus Anlass der Betriebsänderung arbeitssuchend melden und (wie bislang) ebenfalls vorher an einer Maßnahme zur Feststellung der Eingliederungsaussichten teilnehmen.

3) Erstattung der erforderlichen und angemessenen Maßnahmekosten (§ 216a SGB III)

Das Beschäftigungschancengesetz ändert auch die Höhe der Zuschüsse bei Transfermaßnahmen. Statt wie bisher 50 Prozent der „aufzuwendenden“ Maßnahmekosten werden künftig nur noch die „erforderlichen und angemessenen“ Maßnahmekosten gewährt. Erforderlich sind Maßnahmekosten, wenn keine günstigere Maßnahme verfügbar ist, durch die das verfolgte Ziel gleichermaßen erreicht werden kann. Die zusätzlich notwendige „Angemessenheit“ führt dabei vermutlich nur in seltenen Fällen zu Einschränkungen, da auf diese Weise lediglich schlicht unverhältnismäßige Sachverhalte aussortiert werden sollen.

4) Qualität der Transfergesellschaften soll steigen

Mit dem Gesetz steigen auch die Anforderungen an Transfergesellschaften. Die betrieblichen Anforderungen in § 216b Abs.3 SGB III werden durch zwei weitere Punkte ergänzt; zum einen muss die Organisation und Mittelausstattung der Gesellschaft „den angestrebten Integrationserfolg erwarten lassen“ und zum anderen ein internes Qualitätssicherungssystem angewendet werden.

Durch höhere Anforderungen an die Infrastruktur und Qualitätssicherungsmaßnahmen soll eine erfolgreichere Eingliederungstätigkeit als bisher sichergestellt werden.

Landestariftreuegesetz

**DGB Bezirk West
DGB Rheinland-Pfalz**

Pressemitteilung vom 17.11.2010

Muscheid: Begrüßen Entscheidung des Landtags / Richtiger Schritt zur Sicherung von Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätzen / Mindestlohnregelung beispielgebend

Das heute im Landtag verabschiedete Landestariftreuegesetz (LTTG) setze Maßstäbe; das neue LTTG sei das modernste in Deutschland, es sei ein sinnvolles Instrument, um Dumpinglöhne zu verhindern und Arbeitsplätze zu sichern, so der Vorsitzende des DGB Rheinland-Pfalz, Dietmar Muscheid, heute in Mainz.

Mit den Stimmen der SPD wurde heute das LTTG im Landtag beschlossen. Ein neues LTTG war notwendig geworden, nachdem

einige Regelungen im vorherigen Gesetz durch den Europäischen Gerichtshof für ungültig erklärt wurden. Ziel des neuen Gesetzes ist, die Vergabe öffentlicher Aufträge, z. B. in den Sektoren Bau, oder öffentlicher Personennahverkehr an verbindliche Standards zu knüpfen.

Muscheid: „Mit diesem Gesetz wird Dumpinglöhnen bei öffentlichen Aufträgen ein Riegel vorgeschoben. Es war nicht hinnehmbar, dass Betriebe, die ordentlich bezahlen, einen Wettbewerbsnachteil gegenüber Lohndrückern hatten – damit ist jetzt Schluss. Mit der Einbeziehung der Leiharbeit wird zudem etwas für soziale Gerechtigkeit getan.“

Das LTTG schaffe klare Regelungen gegen Lohndumping und für einen fairen Wettbewerb um öffentliche Aufträge von Land und Kommunen, so Muscheid weiter. Un-



Dietmar Muscheid

ternehmen, die sich um öffentliche Aufträge bewerben, müssen sich künftig je nach Branche an Tarifverträge halten oder einen vergabespezifischen Mindeststundenlohn von 8,50 Euro garantieren.

Nach Schätzungen des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) liegt das jährliche Volumen an öffentlichen Aufträgen in Rheinland-Pfalz bei mehr als zehn Milliarden Euro.

Mezzanine-Kapital

Mezzanine-Kapital als Bilanzrisiko auf der Passivseite mittelständischer Unternehmen – Erläuterungen und mögliche Folgen für Betriebe und Beschäftigung

Mezzanine-Kapital? Vermutlich können viele Betriebsräte und auch Wirtschaftsausschussmitglieder mit dem Begriff zunächst nichts anfangen. In der überwiegenden Zahl der Unternehmen spielen diese Finanzierungsinstrumente auch keine Rolle. Doch gerade Mittelständler nutzten die Zwischenform von Eigen- und Fremdkapital (daher der ital. Name: Mezzanino = Zwischengeschoss) in der Mitte der 2000er Jahre zur Verbesserung ihrer Eigenkapitalsituation, damit des Bankratings und können mit der demnächst fälligen Rückzahlung in existenzielle Pro-

bleme geraten – womit man auch schon beim Betriebsrat und dessen Aufgaben zur Überwachung und Sicherung von Beschäftigung und Betrieb ist.

Die im Fokus stehenden standardisierten Mezzanine sind vor allem über den Kapitalmarkt zur Verfügung gestellte Genussrechte (siehe Infobox S. 12) an Unternehmen, die von Banken in der Zeit von 2004 bis 2007 mit festen Laufzeiten und ohne fixierte Option zur Verlängerung an Unternehmen ausgegeben wurden. Der Zinssatz lag dabei zwischen sechs und acht Prozent – für eigenkapitalähnliche Mittel ein sehr günstiger Preis.

Im Zuge des Vertrauensverlustes in Bezug auf strukturierte Finanzierungsprodukte während der aufkommenden

Finanzmarktkrise verloren die Mezzanine an Attraktivität an den Kapitalmärkten und entsprechend wurden ab 2008 keine neuen Mezzanin-Programme mehr aufgelegt. Es stehen also keine vergleichbaren Mittel mehr für Anschlussfinanzierungen am Markt zur Verfügung.

Das an die Unternehmen weitergereichte Mezzaninkapital mit einem Gesamtvolumen in Deutschland in Höhe von 4,7 Mrd mit zumeist festen Laufzeiten zwischen 7 und 10 Jahren ist am Ende der Laufzeit vollständig (meist mit zusätzlicher Endvergütung) zurückzuzahlen. Die ersten 2004 ausgereichten Standard-Mezzanine werden also 2011 fällig, neue Programme sind nicht aufgelegt, entsprechend müssen die Unternehmen versuchen, eine anderweitige Anschlussfinanzierung zustande zu

Definition Genussrechtkapital:

Genussrechte sind feste Kapitaleinlagen an Unternehmen, für die Kapitalgeber bestimmte fest definierte Verzinsungen plus gewinnabhängige Vergütungen über eine gewisse Laufzeit erhalten. Im Insolvenzfall werden diese Gelder erst nach Bedienung aller übrigen Verbindlichkeiten zurückgezahlt – sind also „nachrangig“. Da sie aber nicht wie echtes Eigenkapital unbefristet für den Verbleib im Unternehmen vorgesehen sind und auch maximal in Höhe der Einlage an einer evtl. Insolvenz teilnehmen, werden die Genussrechte (wie auch stille Beteiligungen) nicht als echtes Eigenkapital wohl aber als eigenkapitalähnliche Mittel bezeichnet und verbessern hierdurch auch die mittlerweile für die Bankenratings so wichtige Eigenkapitalquote.

bekommen. Bei den Unternehmen, die dies nicht schaffen und die auch über keine hinreichenden Liquiditäts- oder Eigenkapitalreserven verfügen, droht im schlimmsten Fall die Insolvenz.

Für Mezzaninprogramme geht man von einer Ausfallquote zwischen 6 und 32 Prozent aus, was deutlich über den Ausfallquoten klassischer Kredite liegt und einerseits die hohe Gefährdung der Mezzanin-Nehmer belegt, andererseits das verantwortungslose und rein renditegetriebene Agieren der Banken auf dem Höhepunkt der Welle der strukturierten Finanzierungsprodukte verdeutlicht.

Dabei wurde standardisiertes Mezzaninkapital von gut 700 deutschen Mittelständlern in Anspruch genommen. Im Durchschnitt betrug das ausgereichte Kapital 6,1 Mio pro Unternehmen, kann also je nach Unternehmen durchaus einen bedeutenden Teil des Eigenkapitals ausmachen.¹²

Bezeichnenderweise waren mit IKB, WestLB, HSH Nordbank, LBBW und HSBC überwiegend solche Kreditinstitute besonders stark im Markt der Mezzanine engagiert, die im Zuge der Folgen der Weltfinanzkrise auch besonders im Fokus standen. Daneben folgten auch die Branchengrößen Deutsche Bank und HypoVereinsbank dem damaligen Trend und warfen Mezzanin-Fonds namens „Preps“ (HypoVereinsbank), „Equinotes“ (Dt. Bank + IKB), „S-Mezzanine“ (Bayern und West LB), „Heat“ (HSBC) oder „Prime“ (HSH Nordbank, LBBW) auf den Markt.

Wichtig: Rückführung/Anschlussfinanzierung muss geklärt sein

Falls man nun also als Betriebsrat oder Wirtschaftsausschussmitglied einen der oben aufgeführten Fondsnamen schon einmal in der Bilanz seines Unternehmens gesehen hat oder sich diesbezüglich nicht ganz sicher ist, tut man gut daran, bei der nächsten Wirtschaftsausschusssitzung oder beim nächsten Monatsgespräch das Thema anzusprechen und zu fragen, ob das Unternehmen zur Verbesserung der Eigenkapitalsituation auch auf Mezzaninkapital zurückgegriffen hat.

Wird dies bejaht, sollte man dringend Laufzeit, bzw. Zeitpunkt der vertraglich vereinbarten Rückzahlung sowie deren Höhe in Erfahrung bringen und im Gespräch mit der Unternehmensleitung klären, ob die Rückzahlung bzw. eine Anschlussfinanzierung gesichert ist.

Die Antwort hierauf kann von entscheidender Bedeutung für die zukünftige Eigenkapitalsituation und damit Finanzierungsfähigkeit sowie die Zahlungsfähigkeit des Unternehmens sein. Denn fällt durch die anstehende Rückzahlung auf einen Schlag ein großer Anteil am Eigenkapital weg, kann ein ohnehin durch die Krise gebeuteltes Unternehmen in den Insolvenztatbestand der Überschuldung (Eigenkapital=0 oder negativ) geraten oder aber die Kreditkonditionen der Banken verschlechtern sich durch das dann verschlechterte Rating derart, dass akute Liquiditätsprobleme entstehen.

Es kann für die Betriebsratstätigkeit und die Zukunft der Beschäftigten also durchaus notwendig und zielführend sein, sich auch mit unbequemen und zunächst komplex erscheinenden Themenfeldern wie der Finanzierung von Unternehmen durch nicht alltägliche Finanzprodukte wie Mezzanine auseinanderzusetzen.

¹² Vgl. zu den Zahlen auch den Handelsblatt-Artikel zum Thema vom 16.11.2010: „Wie sich die Fehler der Banken nun rächen.“



Herausgeber:



**TBS gGmbH
Rheinland-Pfalz**

Kaiserstraße 26-30
55116 Mainz

Tel.: 06131/28835-0

Fax: 06131/226102

info@tbs-rheinlandpfalz.de

www.tbs-rheinlandpfalz.de